



Kai Gehring
Margit Stumpp
Beate Walter-Rosenheimer
Mitglieder des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

Stückwerk statt Strategie

Bewertung des Koalitionsvertrags im Bereich Bildung, Aus- und Weiterbildung

Bildungspolitischer Aufbruch? Fehlanzeige!

Bildung und Forschung sind die Quelle künftigen Wohlstands, eröffnen Chancengerechtigkeit für alle und sind Voraussetzung für eine moderne und weltoffene Gesellschaft. Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD für die 19. Wahlperiode entwickelt dazu jedoch nicht den nötigen Spirit: Die Vereinbarungen zu Bildung bleiben weitgehend Stückwerk. Eine zukunftsfähige Bildungspolitik ist für uns weit mehr als die Summe notwendiger und teils überfälliger Einzelmaßnahmen. Dem wichtigen und richtigen Bekenntnis zu „Bildungschancen für alle“ fehlt es sowohl an einer durchdachten Strategie als auch an angemessener Finanzierung. Darüber können auch der angekündigte Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung oder die vorsichtige Lockerung des Kooperationsverbots nicht hinwegtäuschen.

Schülerinnen und Schüler, Eltern, SozialpädagogInnen, Lehrkräfte, Auszubildende und Betriebe müssen weiter auf einen echten bildungspolitischen Aufbruch warten. Bildungsgerechtigkeit erreichen wir nicht allein dadurch, dass wir sie als Worthülse in Koalitionsverträgen und Sonntagsreden beschwören. Sie muss als Leitziel aller bildungspolitischen Vorhaben und von der Kita bis zur Weiterbildung mit Leben gefüllt werden. Eine solche große Idee, gar eine Vision, wie Bildung in der digitalen Wissens- und Einwanderungsgesellschaft neu gedacht und gerecht gestaltet werden kann, bleiben Union und SPD aber auch mit diesem Koalitionsvertrag erneut schuldig.

Kleine Schritte trotz voller Kassen

Unser Anspruch ist, dass Deutschland künftig weltweit zu den Spitzenländern bei Bildungsinvestitionen und der Qualität der Bildung zählt. Immerhin planen auch Union und SPD zusätzliche Ausgaben für die Bildung, jedoch ohne eine konkrete Zielmarke. Das 2008 auf dem Dresdner Bildungsgipfel verabredete Ziel, sieben Prozent vom Bruttoinlandsprodukt in die Bildung zu investieren, ist längst nicht erreicht. Es ist kein gutes Zeichen, dass das Bekenntnis zu dieser wichtigen Zielmarke fehlt. Diese Leerstelle fällt umso mehr ins Auge, da Union und SPD bei der Forschung endlich auf unseren Kurs eingeschwenkt sind, gesamtstaatlich bis 2025 3,5 Prozent-Ziel für Forschung und Entwicklung auszugeben¹. In Zeiten von Rekordüberschüssen müssen uns die Chancen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mehr wert sein. Das Geld wird dringend

¹ Mehr zur hochschul- und forschungspolitischen Bewertung des Koalitionsvertrags von CDU/CSU und SPD für die 19. Wahlperiode siehe das Papier „Die Pläne der neuen GroKo: Stückwerk aus Einzelprojekten ohne Vision für die Wissenschaft der Zukunft“ von Dr. Anna Christmann und Kai Gehring

gebraucht, um Deutschland bei der Bildung an die internationale Spitze zu befördern und „Bildungschancen für alle“ nicht nur auf dem Papier zu ermöglichen.

Moderner Bildungsföderalismus erneut vertagt

Einmal mehr doktert die neue Große Koalition am Kooperationsverbot herum, dass sie selbst 2006 eingeführt hat. Union und SPD wollen den Begriff „finanzschwach“ in Artikel 104c des Grundgesetzes streichen und damit direkte bundesseitige Finanzhilfen an alle Kommunen ermöglichen. Das eröffnet zweifellos neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit, aber es ist keineswegs das Ende des Kooperationsverbots wie es die SPD der Öffentlichkeit glauben machen will. Weil die Finanzhilfen zeitlich begrenzt und degressiv ausgestaltet sein müssen, droht die angekündigte „Investitionsoffensive für Schulen“ schon nach kurzer Zeit zu verpuffen. Dauerhafte und strukturell verankerte Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist ohne ein klares Bekenntnis zu guter Zusammenarbeit nicht zu machen. Statt allein auf Finanzhilfen zu setzen, wollen wir deshalb, dass Bund und Länder auf der Basis eines neuen Kooperationsparagrafen gemeinsam an einem Strang ziehen.

Wir wollen, dass junge Menschen von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen tatsächlich die gleichen Chancen haben. Dafür braucht es einen modernen Bildungsföderalismus, der das derzeitige Zuständigkeitsgerangel auf dem Rücken von SchülerInnen, Eltern und Lehrkräften durch verfassungsrechtlich abgesicherten Dialog und institutionelle Kooperation ersetzt. Geld für marode Schulgebäude und die digitale Ausstattung in Klassenzimmern sind ein überfälliger erster Schritt.

Ebenso spannend wie unbestimmt ist die Absicht der Koalitionäre, einen Nationalen Bildungsrat einzuführen. Es bleibt unklar, welche Aufgaben und Kompetenzen ein solcher Rat neben der Kulturministerkonferenz übernehmen könnte.

Die Ankündigung, etwas für „Schulen in benachteiligten sozialen Lagen“ zu unternehmen, bleibt leider sehr vage und blass. Bei Inklusion und Integration durch Bildung springen Leerstellen ins Auge, die sich angesichts der vielfältigen und heterogenen Schüler-, Azubi- und Studierendenschaft als problematisch erweisen werden.

Guter Ganzttag nicht nur im Grundschulalter

Insbesondere unsere Schulen haben in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Aufgaben bekommen, die viele LehrerInnen und PädagogInnen schon heute unter teils schwierigen Bedingungen sehr engagiert übernehmen: inklusiver Unterricht, digitale und kulturelle Bildung, Willkommensklassen und Schulsozialarbeit. Wir sind überzeugt, dass diese Herausforderungen am besten in guten Ganztagschulen gemeistert werden können. Ohne eine neue Kooperationskultur wird aber kaum Schwung in den Ausbau neuer Ganztagschulplätze kommen.

Der von Union und SPD angekündigte Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter greift viel zu kurz. So wichtig Ganztagsangebote im Grundschulalter sind, so richtig ist auch, dass guter Ganzttag weit mehr ist als Nachmittagsbetreuung in Hort oder Grundschule. Dazu kommt: Die große Koalition verspricht vollmundig, was die Kommunen am Ende einlösen müssen. Die angekündigte Umsetzung über die Jugendhilfe birgt aus unserer Sicht hohe Risiken. Sollten Städte und Gemeinden nicht in der Lage sein, die große Nachfrage zu decken, droht ihnen eine Klagewelle. Unkalkulierbare Folgekosten für die kommunalen Haushalte wären die Folge. Wer, wie Union und SPD

einen Rechtsanspruch auf Ganzttag im Grundschulalter verspricht, muss auch erklären, wie dieser finanziert und umgesetzt werden soll. Wie aber ausreichend Plätze in Lehramtsstudiengängen, Mindeststandards für die Qualifizierung von QuereinsteigerInnen und gute Bezahlung für Lehrkräfte und pädagogisches Fachpersonal geschaffen werden sollen, ist ungeklärt.

Wir setzen auf ein neues Ganzttagsschulprogramm, von dem alle SchülerInnen etwas haben. Der berechtigte Wunsch vieler Eltern nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die bestmögliche Bildung für ihre Kinder enden schließlich nicht bei deren Übertritt in eine weiterführende Schule.

Kein Ende der Kreidezeit in Sicht

Digitale Mündigkeit ist für uns eine zentrale Voraussetzung für informationelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen. Die erreichen wir nur, wenn Bund, Länder und Kommunen Bildung in der digitalen Welt als gemeinsame Zukunftsaufgabe begreifen und das Lernen im digitalen Zeitalter mit einer gemeinsamen Qualitäts- und Ausstattungsoffensive auf ein tragfähiges Fundament stellen. Mit dem mehrfach angekündigten und noch öfter verschobenen DigitalPakt Schule wird der Bund zwar nun endlich auch in die digitale Ausstattung von Schulen investieren. Das ist so sinnvoll wie überfällig, auch wenn der zeitliche Horizont mit fünf Jahren zu kurz ist.

Wer Whiteboards, Tablets und WLAN ins Klassenzimmer bringt, muss auch dafür sorgen, dass Lehrkräfte so ausgebildet werden, dass sie kompetent und souverän mit digitalen Medien umgehen und Schülerinnen und Schülern digitale Kompetenzen richtig vermitteln können. Methodische und didaktische Fragen des Unterrichts und die Förderung kritischer Medienkompetenz gehören für uns genauso zur Digitalisierung der Schulen wie die verlässliche technische Wartung der Geräte durch geschultes Personal oder Fragen des Datenschutzes und der Datensicherheit. Keinem Schüler und keiner Schülerin ist damit geholfen, wenn Tablets in der Ecke verstauben, weil Lehrkräfte mit der Wartung und Pflege der Technik alleine gelassen werden. Auch veralten elektronische Lehr- und Lernmittel vergleichsweise rasch, so dass regelmäßig in den Ersatz investiert werden muss. Zu all diesen Fragen schweigt der Koalitionsvertrag. Keinesfalls dürfen die Kommunen damit allein gelassen oder ihnen gar die Kosten aufgebürdet werden.

Ausbildung nicht garantiert

Bei der beruflichen Bildung ist die Liste der Ankündigungen lang. Umso mehr enttäuscht uns, dass die Erkenntnis, dass Fachkräftemangel und Chancengerechtigkeit zusammenhängen, offenbar nicht gereicht hat, um allen jungen Menschen in Deutschland das Versprechen auf einen Ausbildungsplatz zu geben (grüne Ausbildungsgarantie). Stattdessen schicken Union und SPD auch in den kommenden Jahren wieder hunderttausende Jugendliche in die Wartschleifen des Übergangssystems. Wir hingegen wollen allen Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder kulturellen Herkunft sichere Wege in die Ausbildung ebnen. Für eine dynamische Volkswirtschaft und einen modernen Sozialstaat muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass alle Jugendlichen ihren Weg in die berufliche Zukunft und ein selbstbestimmtes Leben gehen können. In Zeiten zunehmender Fachkräftengpässe gilt das umso mehr. Warum die große Koalition lieber die Bedeutung der beruflichen Bildung beschwört, als das duale System mit einer grundlegenden Strukturreform tatsächlich fit für die Herausforderungen

der Zukunft zu machen, bleibt schleierhaft. Dazu kommt: Vorhaben wie die überfällige Reform des Berufsbildungsgesetzes für mehr Qualität und eine Modernisierung der Ausbildungen oder der Ausbau der Assistierten Ausbildung für mehr Chancengerechtigkeit standen schon vor Jahren auf der Agenda und wurden schlicht nicht umgesetzt.

Wir wollen, dass Aufstieg durch Bildung und die Gleichwertigkeit der Bildungswege mit Leben gefüllt werden. Für uns reicht es deshalb nicht, die sogenannte höhere Berufsbildung oder eine Stärkung des dualen Studiums anzukündigen, ohne zu erklären, wie diese flächendeckend im Sinne der Auszubildenden und Studierenden gestärkt werden können. Auch eine bessere Berufsorientierung an Gymnasien, die Modernisierung von beruflichen Schulen und überbetrieblichen Bildungsstätten, Mobilitätshilfen für Azubis oder die angekündigte Mindestausbildung sind zwar richtige erste Schritte auf dem Weg zu mehr Attraktivität des dualen Systems, ein großer Sprung zu mehr Bildungsgerechtigkeit ist das allerdings noch nicht.

Überraschend ist die Ankündigung, im Bundestag in dieser Wahlperiode eine Enquete-Kommission „Stärkung der beruflichen Bildung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs“ einzusetzen. Wir werden das bildungspolitisch als Chance begreifen und gleichzeitig darauf pochen, dass dringende Reformschritte nicht mit Verweis auf die Kommission auf die „lange Bank“ geschoben oder gar in die nächste Wahlperiode vertagt werden.

Weiterbildung – Nationale Strategie ohne Ziel

Dieses Problem setzt sich in der Weiterbildung fort. Natürlich ist es gut, dass Meisterkurse durch die angekündigten Anpassungen beim Meister-BAföG in Zukunft besser gefördert werden. Jeder und jede zusätzlich Geförderte ist eine gute Nachricht in einer Zeit, in der sich die Lebens- und Arbeitswelt vieler Menschen insbesondere durch die Digitalisierung rasant ändern. Aufstiegsfortbildung muss allerdings für alle möglich werden. Nicht nur Meisterinnen und Fachwirte wollen schließlich mit den Herausforderungen der neuen Arbeitswelt Schritt halten können. Geringqualifizierte, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund und ältere ArbeitnehmerInnen nehmen heute noch viel zu selten am lebenslangen Lernen teil. Und sie werden auch von dieser Koalition vollkommen vergessen. Der angekündigte Rechtsanspruch auf Weiterbildungsberatung hilft wenig, wenn am Ende zwischen Kita, Meeting und Zweitjob sowohl die Zeit als auch das Geld für Weiterbildung und Lebensunterhalt während der Bildungsphase fehlen. Mit der grünen BildungsZeit Plus wollen wir Hürden abbauen, damit sich auch Menschen, die weniger verdienen, Weiterbildung leisten können.

Auf dem Weg in eine bildungsgerechte und zukunftsfähige Gesellschaft wollen wir die Weiterbildungslandschaft in Deutschland von der Erstberatung bis zum staatlich zertifizierten Bildungsabschluss grundsätzlich umkrepeln. Undurchsichtige Förderstrukturen, die zahl- und ziellosen Programme von Bund, Ländern und Kommunen müssen überprüft werden und sinnvoll ineinander aufgehen. Am Ende dieses Weges könnte ein Bundesweiterbildungsgesetz stehen, das allen Bildungsinteressierten egal in welcher Lebenslage niedrigschwellige, bezahlbare und qualitativ hochwertige Angebote vor Ort ermöglicht. Daran muss sich auch die angekündigte Nationale Weiterbildungsstrategie der großen Koalition am Ende messen lassen.

Neues Gesicht in der Bildungslandschaft

Die Nominierung von Anja Karliczek als Ministerin für Bildung und Forschung ist die größte Überraschung für den künftigen Kabinetttisch – damit hat niemand gerechnet. In der Öffentlichkeit und im Bundestag ist sie mit Äußerungen zur Bildungs- und Forschungspolitik bisher nicht aufgefallen, daher sind wir neugierig auf ihre Vorstellungen für das Zukunftsministerium. Da sie ein bisher „unbeschriebenes Blatt“ im Themenfeld ist, sind wir umso gespannter auf ihre Ideen und Akzente, wie sie unser Wissenschaftssystem weiterentwickeln und für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen möchte. Mit zwei Berufsausbildungen und einem Fernstudium bringt sie eine spannende Bildungsbiografie mit. Wir wünschen ihr eine „glückliche Hand“ und werden sie, erst recht nach der 100-Tage-Frist, kritisch-konstruktiv begleiten und ihr grüne Alternativen entgegensetzen.

Kai Gehring, Obmann im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Margit Stumpp, Sprecherin für Bildungspolitik

Beate Walter-Rosenheimer, Sprecherin für Aus- und Weiterbildung